

Hochmann in Neuenburg 75 Colopfg. Durch die Post in O. u. Oberamtliche, sowie im In- u. Ausland. Preis eines Nummer 10 Colopfg.

In Fällen höch. Gewalt besteht kein Anrecht auf Lieferung der Zeitung od. auf Wiederholung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen u. Auslieferungsbüros entgegen.

Preis-Nr. 24
O. u. Oberamtliche Neuenburg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenburg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meißner'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strauß) für die Schriftleitung verantwortlich D. Strauß in Neuenburg.



beruht allein auf der 20. Jahrg. 25 Colopfg. Reich-Zeitung 20 Colopfg. m. Z. - Steuer, Wochentage 100, Zeitung, Offener und Ausnahmestellung 20 Colopfg. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der bei Folge des Abnahmefähigen hinlänglich wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 14 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifveränderungen treten sofort alle früheren Bestimmungen außer Kraft. Preisänderung Nr. 4. Für persönliche Anträge sind keinerlei Gewähr übernommen.

Nr. 1.

Samstag, den 2. Januar 1926.

81. Jahrgang.

Politische Wochenrundschau.

Der Rücktritt in ein neues Jahr bringt uns zu einem Rückblick auf das abgelaufene Jahr. So verhängnisvoll das Jahr 1925 wirtschaftlich, so enttäuschend auf innerpolitischen Gebiet war, so bedeutungsvoll war es auf außenpolitischem Gebiet. Außenpolitisch hatte das Jahr 1925 sich zunächst mit großen Enttäuschungen für das deutsche Volk angefaßt. Das uns vertraglich zustehende Recht auf die Räumung der Koliner Zone zum 10. Januar 1925 wurde von der Entente unter dem nützigen Vorwand der mangelnden Entwaffnung Deutschlands geschoben und man fand vor dem Wiedererleben politischer Gewaltmethoden. Im weiteren Verlauf des Jahres trat aber eine Wendung ein, die für die Zukunft günstigere Perspektiven eröffnete. Angefangen vom Februar-Memorandum der deutschen Reichsregierung bis zu den Verhandlungen über den Sicherheitspakt in Locarno und dem endgültigen Abschluß in London vollzog sich in raschem Tempo eine Entwicklung deren volle Tragweite wir, die den Ereignissen noch zu nahe stehen, noch nicht voll und mit der nötigen Objektivität ermessen können. Die deutsche Außenpolitik, die im vergangenen Jahr aus ihrer bisherigen Passivität heraustrat und aktiv in die politischen Probleme Europas eingriff, hat einen bedeutenden Erfolg errungen. Der Abschluß des Locarnopakts hat den Krieg von 1914 wirklich zum Abschluß gebracht. Der Krieg auf dem Schlachtfeld war ja schon 1918 beendet worden, aber es folgte nach ein Krieg nur mit anderen Waffen, auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet. Erst jetzt kann davon gesprochen werden, daß sich nicht mehr die Sieger den Besiegten, sondern alle europäischen Mächte gleichberechtigt gegenüberstehen. Mit der Schaffung dieses Zustandes werden sich auch im früheren feindlichen Zustand die Stimmen, die der Hilfe von der Allieierten Deutschlands am Krieg ein Ende machen wollen. Dies ist der deutlichste Beweis dafür, daß die Locarnopakt beteiligten Mächte gewillt sind, die Kriegsopfer, die so lange andauerte, vollends zu überwinden. Eine solche Entwicklung geht naturgemäß nur langsam vor sich, aber im Laufe der Geschichte bedeuten selbst mehrere Jahre doch nur eine kurze Spanne Zeit. Bei der Beurteilung des Locarnopakts muß man sich auch die Frage vorlegen, was geschehen wäre, wenn es nicht zu diesem Abschluß gekommen wäre. Es besteht nämlich die Gefahr, daß Frankreich, Belgien und England sich über die Sicherheitsfrage unter Ausschluß von Deutschland geeinigt und dann Deutschland isoliert einen einseitigen Vertrag der Westmächte, dessen Spitze natürlich gegen Deutschland gerichtet gewesen wäre, gegenübergestellt hätte. Diese Gefahr konnte gebannt werden. So betrachtet ist der Vertrag von Locarno, dessen überaus bedeutende Seiten daneben keineswegs gering geschätzt sein sollen, doch das kleinere Übel, unter diesem Gesichtswinkel bieten auch nachste Anreize der Deutschnationalen, z. B. der württembergischen Staatspräsidenten, den Vertrag für annehmbar. Die Außenpolitik im neuen Jahr wird sich um die Ausweitung des abgeschlossenen Vertragswerkes drehen. In Verfolg der eingeschlagenen Politik wird Deutschland nur in den Völkerbund eintreten. Der Prüftest des neuen Vertrages wird aber die Abrüstungskonferenz im Februar 1926 in Genf sein. Es wird sich zeigen, ob namentlich Frankreich aus der Tatsache der Sicherheitspakt-Abschlusses, der auch seinem Land genügende Sicherheit gewährt, die praktischen Konsequenzen zu ziehen gewillt ist. Man darf das Vertrauen haben, daß nach der Regelung der Reparationsfrage durch das Dawes-Abkommen, der Sicherheitsfrage durch den Locarnovertrag, nun auch die Abrüstungsfrage einer befriedigenden Lösung zugeführt wird.

In Württemberg ist das Jahr in Ruhe und Ordnung und ohne weitere Aufregungen verlaufen. Die seit Mai 1924 bestehende Regierungskoalition von Deutschnationalen und Zentrum hat sich als beharrlich erwiesen und in der Regierung zum Wohle des Landes zusammengearbeitet. Wichtige Gesetze, nämlich das Einheitsgesetz von 1925, das Strafrecht, das Landrecht, das Verwaltungsverfahren, das Armenrecht u. a., wurden verabschiedet. Die eigentliche Aufgabe der Regierung und des Landtages allerdings, nämlich die aus wirtschaftlichen und finanziellen Rücksichten dringend erforderliche großartige Reform unserer gesamten inneren Verwaltung, ist noch unerledigt und bleibt eine Aufgabe für das neue Jahr. Das von der Regierung bisher eingeschlagene Staatsvereinfachungsgebot, das im Januar im Verband zur Verhandlung kommen wird und das die Aufhebung überflüssiger Organisationen und die Aufhebung oder Umwandlung von Landesmittelstellen vorseht, kann nur als keine Schlüsselmaßnahme angesehen werden. Die Württemberg, die sich bei all den Vorkäufertönen, die über ihren Struktur nicht hinauszugehen wollen oder können, sich zwar im allgemeinen groß, aber die Regierung wird sich nicht abdrücken lassen dürfen, da immer noch das Interesse des Volksgenossen der partikularen und egoistischen Interessen kleinerer Kreise vorzuziehen muß.

Deutschland.

- München, 31. Dez. Der „Völkische Anzeiger“ in München, Landesoberstes Organ, stellt mit dem heutigen Tage sein Erscheinen als Tageszeitung bis auf weiteres ein.
- Berlin, 31. Dez. Mit den Erörterungen über die Bezeichnung der Völkischen Anzeiger als „Völkischer Anzeiger“ soll der Reichstagsbeschluss des Reichstags erfüllt werden.
- Württembergischer Landtag. Stuttgart, 31. Dez. Der Finanzaußenminister des Landtags erledigte heute zunächst den Entwurf eines Gesetzes über die Württembergische Staatsbank für das Deutsche Reichslandesbankgesetz in Höhe von 200 000 M. Sodann erstattete er eine eingehende Erläuterung über den Entwurf eines Gesetzes

über die Auszahlung der Lehrerbezüge. Danach sollen die Lehrergehälter künftig durch die Staatsbeihilfen in Stuttgart zur Auszahlung kommen. Finanzminister Dr. Lehmann bezeichnet den Entwurf als eine der Maßnahmen zur Vereinfachung der staatlichen Verwaltung. Die Staatsrentenämter würden durch die Verringerung etwa ein Drittel ihres Aufwandes verlieren. Durch die Neuorganisation des gesamten staatlichen Rechnungswesens würden jedoch den Rentnern wieder neue Aufgaben zuzuführen. Der Entwurf wurde in allen vier Kassen unter Ausdehnung auf die Gewerbe- und Handelskassen und die Beihilfen der Kronenwärfelämter angenommen. Ein Antrag der Abgeordneten Schöck und Genossen (Dem.) vom 28. Juni 1925 erhielt das Verlangen einer Zusammenstellung der durch den Personalabbau in den einzelnen Ämtern der Staatsverwaltung herbeigeführten Entlassungen von planmäßigen und außerplanmäßigen Beamten und Angestellten, sowie mit den dadurch erfüllten oder zu erfüllenden Ersatzstellen. Er verlangte die Vorlage einer solchen Zusammenstellung an den Landtag. Anträge der kommunistischen Partei gingen dahin, daß die Entlassungen oder Abgehanten wieder eingestellt werden sollten. Diese Anträge wurden zurückgewiesen bis die von der Regierung in Aussicht gestellte Zusammenstellung dem Landtag zugegangen sein wird. Der demokratische Antrag fand Zustimmung. Sodann wurde zu dem Antrag Strödel (F.P.) Stellung genommen, bei der Reichsregierung unverzüglich dahin zu wirken, daß bei den Handelsvertragsverhandlungen mit Spanien der deutsche Verband den zu seiner Erhaltung unbedingt nötigen Zollschutz erhält. Ein Zentrumsdirektor sprach sich prinzipiell für die Annahme des Antrags aus, verlangte aber eine entscheidendere Betonung der Interessen der württembergischen Exportindustrie bei diesen Verhandlungen. Letztere der württembergischen Regierung in Berlin. Es entstand eine längere Debatte. Regierungseitig wurde mitgeteilt, daß im Jahre 1913 507 000 dz fremder Weine nach Deutschland eingeführt wurden. Im Jahre 1925 seien es jetzt schon 1 089 000 dz eingeführt worden, davon 600 000 aus Spanien. Die Abgeordnete Schöck, Dr. Glas und andere beantragten noch, das Staatsministerium möge bei der Reichsregierung unverzüglich dahin wirken, daß bei den Handelsvertragsverhandlungen mit Spanien die Interessen des Weinbaus wie der württembergischen verarbeitenden Industrie in angemessener Weise gewahrt werden. Der Antrag Dr. Strödel wurde mit den Stimmen der Bürgerpartei, des Zentrums und der Deutschen Volkspartei angenommen. Sozialdemokraten und Demokraten enthielten sich der Abstimmung, die Kommunisten stimmten dagegen. Der Antrag Schöck-Möde wurde ebenfalls einstimmig angenommen. Schließlich beschloß sich der Ausschuss noch mit einem Antrag Bergenthaler (F.P.), die Mitglieder an den Hochschulen gemäß den Vorkäufen in Preußen und Baden einzustellen. Ein Regierungsvertreter legte die Anstellungsverhältnisse der Mitglieder an den Hochschulen und an den hochschulähnlichen dar. Danach ist eine Veränderung der bestehenden Verhältnisse nicht gerechtfertigt. Infolgedessen wurde eine Entschließung angenommen, die vorliegenden Anträge durch die Erklärung der Regierung für erledigt zu erklären.

Die Heberschwammungskatastrophe am Niederrhein.

Köln, 31. Dez. Das Rheinwasser ist auch heute vormittag weiter gestiegen, nämlich um 1 bis 5 Zentimeter. Aus Gleebe lauten die Meldungen von Stunde zu Stunde unangenehmer, da das Wasser auch hier nämlich um 5 Zentimeter steigt. Mehrere Dörfer sind vom Verkehr völlig abgeschnitten. Er kann nur mit Mühen notdürftig aufrecht erhalten werden. Die Hochwassergefahr wird durch den starken Nordwestwind vergrößert. Die Verpflegung der abgeschnittenen Dörfer ist mit den größten Schwierigkeiten verbunden. Auch aus Bonn und Königswinter wird berichtet, daß ein Teil der Straßen unter Wasser steht. Während von Mainz ab rheinwärts ein weiterer Steigen nicht mehr zu erwarten ist, steigt der Rhein bis Koblenz noch um 5 Zentimeter nämlich. Auf der Strecke Frankfurt-Köln wird der Eisenbahnbetrieb seitensweise wegen Hochwasser nur einseitig fortgeführt. Wegen eines Dammbruchs ist die Eisenbahnstrecke Albstadt-Oberndorf-Berlin seit heute morgen gelähmt. Die Frage, was infolge des Hochwassers der Zugverkehr im Direktionsbezirk mit größeren Verzögerungen verbunden sei. Verschiedene Bahnstrecken seien überdauert nicht laßbar. In die Strecke nach Hertenbach wohin alle lehrerüberbrückten Bahnen und Fernverkehr nur auf Feldwegen ohne Wechsellast für die Verkehrer durch die Eisenbahnen befördert werden, da auch die Gasseisenbahnen nicht verkehrsfähig sind. Aus Remscheid wird gemeldet, daß fast die gesamte Stadt unter Wasser liegt und der Verkehr mit Mühen aufrecht erhalten wird. Die Stadtverwaltung hat Maßnahmen ergriffen, aus denen die Bevölkerung geschützt wird. Die Geschädigten der Stadtverwaltung sind in Schulen u. sonstigen Gebäuden, die noch nicht vom Hochwasser in Mitleidenschaft gezogen sind, untergebracht. Das Wasser hat fast den Stand der großen Heberschwammungskatastrophe vom Jahre 1920 erreicht. Die Straßenbahnverbindung nach Ehrenbreitstein ist völlig unterbrochen.

Berlin, 31. Dez.

Der amtliche preussische Pressedienst teilt mit: Die preussischen Minister des Innern und der Finanzen haben zur Verringerung der ersten Rate der durch das Rheinhochwasser Geschädigten dem Oberpräsidenten in Köln einen Betrag von 500 000 M. zur Verfügung gestellt. Der Oberpräsident ist mit der Durchföhrung der inzwischen eingeleiteten Maßnahmen betraut.

Neue Erhöhung der Eisenbahnsteuern?

Berlin, 31. Dez. Der am Dienstag gefällte Schiedspruch für die Eisenbahnen war gestern Gegenstand eingehender Be-

ratungen innerhalb der Reichsregierung. Als besonders wichtig betrachtet man die finanziellen Auswirkungen der Lohnaufbesserungen und die Mehrbelastung durch die Tarifzulagen. Nach Ansicht der Reichsbehörden werden sich die Mehrbeträge auf 20 Millionen M. wenn nicht noch mehr belaufen. Da der finanzielle Zustand der Reichsbahn außerordentlich gespannt ist, wird man, falls es zur Durchführung des Schiedspruchs kommen sollte, nach Ansicht der maßgebenden Verwaltungsinstanzen Mittel und Wege finden müssen, um diese Mehrbelastung auf irgend eine Weise auszugleichen. Auf deutsch: die an sich schon hohen Tarife sollen offenbar ebenfalls erhöht werden.

Neuaufstellung des Reichspräsidenten an die Wehrmacht.

Berlin, 31. Dez. Reichspräsident von Hindenburg richtet an die deutsche Wehrmacht folgenden Genjahrsgruß: An die deutsche Wehrmacht! Der deutschen Wehrmacht erwidere ich zum neuen Jahre meine herzlichsten Wünsche. Ich habe im vergangenen Jahre das hohe Maß ihres Könnens mit Freude festgestellt. Ich wünsche ihr, daß sie unter bewährter Führung fortzuschreiten möge in ihrer Aufgabe, unser Vaterland zu schützen.

Der Reichspräsident gen. v. Hindenburg. Der Reichswehrminister gen. Dr. Götler.

Wünsche des Reichs- und des österreichischen Bundespräsidenten.

Berlin, 31. Dez. Der Reichspräsident und der österreichische Bundespräsident haben zum neuen Jahre Glückwunschkommuniquen geschickt. Der Bundespräsident wünscht in seinem Telegramm, daß die bestehenden Umstände des vergangenen Jahres, die von der ganzen Welt erwarteten Folgen zeitigen und auch dem deutschen Volk eine schöne und friedliche Zukunft eröffnen. Der Reichspräsident erinnert in seiner Antwort an die treue Kameradschaft beider Länder und wünscht, daß das Jahr 1926 für Österreich ein Jahr der Kräftigung und des weiteren Aufstieges werden möge.

Ausland.

- Paris, 31. Dez. Die Nachricht, daß der Generalsekretär des Völkerbundes, Ermanson, sich nach Berlin begeben werde, um wegen des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund zu verhandeln, wird offiziell demontiert.
- London, 31. Dez. Nach einer Agenturmeldung aus Bagdad ist in Dierbeck, 20 englische Meilen nordwestlich von Mosul, eine weitere türkische Division eingetroffen. Von der Möglichkeit werden beträchtliche türkische Truppeneinheiten gemeldet.
- Washington, 31. Dez. Senator Borah hat nunmehr endgültig abgelehnt, als Vertreter der Vereinigten Staaten der Genfer Abrüstungskonferenz beizutreten.

Ein Vorstoß Cunnings gegen Briand.

Paris, 31. Dez. Die kommunistische „Humanité“ veröffentlicht heute einen Brief des Unterhändlers Abd el Krims, Cunnings, der für den Ministerpräsidenten etwas unangenehm ist. In diesem Brief teilt Cunnings mit, daß er vor vierigen Tagen mit dem französischen Botschafter in Moskau, Steeg, sowie mit dem Kriegsminister Rouleau Unterredungen hatte, in denen sowohl Steeg wie auch Rouleau die Vor schläge Cunnings in einem günstigen Licht darstellten. Cunnings sprach in dem Brief seine Verwunderung darüber aus, daß er von Briand als Abenteuerer bezeichnet wird. Aus dem Brief Cunnings geht hervor, daß der Ministerpräsident Briand in den letzten Tagen offenbar sehr wichtigen französischen Einflüssen unterlegen ist; denn anders wäre die Haltung, die er bisher eingenommen habe, kaum zu begründen.

Briand zu Cunnings.

Paris, 31. Dez. Der Brief, den Briand an den Abgeordneten Abd el Krims, Hauptmann Cunnings, schreiben ließ, wurde heute Abend veröffentlicht. Darin bekennt sich Briand als „Krieger“ zu sein, was, wenn man sich an die Zeit des Weltkrieges erinnert, inwieweit Heberzeugung hervorruft. Er erklärt in seinem Schreiben, daß er Beziehungen mit Bevollmächtigten der Alliierten vornehmen konnte, aber nicht mit einer einzelnen Person. Infolgedessen ist Briands Entschluß unabweislich, daß er Cunnings nicht empfangen wolle.

Nach der Begegnung von Rapallo.

London, 31. Dez. Die Zusammenkunft zwischen Chamberlain und Mussolini in Rapallo gibt den diesen Kreisen zu weiteren Spekulationen Anlaß. In diesen englandfreundlichen sozialistischen Kreisen glaubt man, daß wichtige, gegen die Türkei und Russland gerichtete Verhandlungen über die internationale Politik stattgefunden haben. Das sozialistische Organ „Daily Herald“ erklärt, zweifellos sei der Hauptgegenstand der Verhandlungen nicht der europäische Friede, sondern die Möglichkeit eines Krieges in Asien gewesen. Die asiatische Diplomatie gehe dahin, im Falle eines Krieges mit der Türkei Italien und Griechenland im Rahmen des Völkerbundes gegen die Türkei loszulassen. Der Völkerbund würde dann Europa und Weltfrieden wahren, falls sie sich nicht ruhig verhalten. Italien sei ein Stück von Südwest-Asien verdrängt worden. Verhandelt wurden außerdem die Bedingungen in der Frage der Kriegsschiffe. Wahrscheinlich sei Italien auch freie Hand in der Südsee von Arabien gegenüber seiner Kolonie Frankreich zu machen worden. Griechenland dürfte durch Rumänien und Thracien erschüttert werden. Wenn die Angorregierung die Neutralfrage ausdebe, um den Krieg zu vermeiden, würde der Angriff nur verschoben werden. Was wir lange Zeit sei eine andere Frage.



nicht den gemüthlichen G... für das neue Jahr... eine Ueberlegung... Schwierigkeiten für den... bestehen weiter... in der Zeit unmittelbar... besetzt, hat aber im ganz... zu befriedigenden Ma... den hatten die Geschäfte... ung einfach unmöglich... schäften, aber auch bei... signat wird sich bei der... ra, als nicht eine vollstän... ls zu den Kreditläufen, a... durch weitgehende Ein... folgt.

zu den Schlachtwunden... tet, beträchtlich nachgelassen... gesogen.

den Dolzmärkten zeigt es... wohnt ruhiges Bild.

Präsidenten... der Professoren Besetzung... schule Stuttgart stellt... Stuttgart am Mittwoch... der Leitung des Stadt... räsidenten.

mit, daß die Zepplins... daß mit dem Bau des... fenen begonnen wird... ung, die sich zum Prolet... prantsbezugs Weisung... beim Staatspräsidenten... Es wurde ihr die Ant... des Oberamts Wirmberg... urlande entzogene.

abgesandt ging hier ein... den etwa 35 Meter hohe... geräumte ihn. Im Saal... des Kessels, in welchem... Menschenleben sind keine...

Gefährde in Berlin soll... an der Hand sein.

berarbeitet Essen tritt... melbet man, wozu 125... 72 000 Unterst... die Regierung beträgt 73,6... Kollier für Weisung, Kun... lische Leitung der Staats... Anordnung der Interim... ktober, dem leitenden Ober... der Generalverwaltung... gegenseitigen Kom...

und wurde bei einem... durch einen Stich... auf dem Transport ins... Gefährde wurde durch... In der Reichs... Wahrung wurde seine... Sie gab an, auf ihre... Nachdem hier die Wohn... einen Schuß beibrachte...

wegen der starken Brandung und der vielen Klippen nicht an den Dampfer heranzukommen. Schließlich gelang es, eine Verbindung mit dem Dampfer durch eine Leine herzustellen und 8 Schiffbrüchige zu retten.

Janubend. 1. Jan. Laut „Zambruder Nachrichten“ ging gestern nachmittag auf der Westseite des Altbirges eine Carole nieder. Zwei reichsbräutliche Schikaren, deren Namen noch unbekannt sind, wurden verhaftet. Sofort eingeleitete Bergungsarbeiten führten bisher zu keinem Erfolge.

Triest. 2. Jan. Ein Teil Norditaliens ist gestern abend von einem starken Erdbeben heimgesucht worden, das in Triest etwa zwei Minuten andauerte. In Fiume, Görz, Monfalcone und auch in Benechien kampt die Bevölkerung im Freien, da man weitere Erdstöße befürchtete. In Benechia sind zahlreiche Häuser beschädigt worden.

Amsterdam. 1. Jan. Das Wasser der Maas ist weiter gestiegen. Stellenweise ist die Wasserfläche drei bis fünf Kilometer breit. Gefahren für die Niederseite an der Maas der Deich gebrochen. Die Bruchstelle ist hundert Meter breit. Das Wasser dringt unabweisbar in das ganze tieferliegende Gebiet ein.

Brüssel. 1. Jan. Belgische Finanzleute haben der Regierung die Reduktion von Steuern und Abgaben an Deutschland vorgeschlagen. Die Deutsche Regierung hat sich verpflichtet, die während der Belgischen Besetzung ausgegebenen Papiermünzen zurückzunehmen. Die belgischen Bankiers hätten diese Operation für das beste Mittel zur Sanierung des belgischen Franken. Die belgische Regierung lehnt es jedoch entschieden ab, die Uebernahme dieser Gebiete an Deutschland überhaupt in Erwägung zu ziehen.

Brüssel. 1. Jan. Die Regierung traf Maßnahmen, um mit allen Mitteln den Folgen der Ueberbevölkerung entgegenzutreten. Die Minister begaben sich in die überfüllten Gebiete. Das Gesundheitsministerium bietet alle verfügbaren Menschen und Mittel an und bemüht sich um die Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung.

Paris. 1. Jan. Die Kammer hat gestern abend mit 385 gegen 190 Stimmen das Projekt des Budgets für 1926 angenommen. Die Vorlage sieht die Ausgabe von drei Milliarden neuer Schatzanweisungen vor und fordert die Zustimmung zu dem neuen Steuerhaushalt. Im Verlauf der Aussprache gab der sozialdemokratische Abgeordnete Debraud die dringlichste Erklärung ab, daß die Sozialdemokraten in ihrer Opposition gegen die Finanzprojekte der Regierung verharren und bei Wiederauftritt des Parlaments am 13. Januar Generalprojekte einbringen würden.

Wien. 1. Jan. Nachdem Kronprinz Karl dem König seinen unüberwindlichen Widerstand gegen die Thronfolge und auf alle daraus resultierenden Rechte verzichtet hatte, sah sich der König gezwungen, den Thron abzugeben und auf heute ins Schloss Belvedere einzuziehen. Er teilte seine Entschliessung mit und forderte alle Anwesenden auf, ihm bei deren Ausführung, sowie bei der Proklamierung seines Enkels, den Prinzen Michael, zum Thronfolger beizustimmen zu sein. Aufgrund der ihm von allen Seiten gemachten Versicherungen wurde die Thronbesteigung auf den 4. Januar einberufen.

London. 2. Jan. König George gibt in seiner Erwidrerungsbotschaft auf die Reichsbräutigam die Vorbemerkung von London den Hoffnung Ausdruck, daß das Jahr 1926 der Beginn einer neuen Ära des Friedens und des Glücks unter den Nationen der Welt sein möge.

London. 2. Jan. Der Sonderkorrespondent des „Daily Telegraph“ in Kapstadt hat eine Unterredung mit Chamberlain, der ihm erklärte, die Behauptung, daß der Weltfrieden und andere Fragen der internationalen Politik zwischen Mussolini und ihm besprochen worden seien, sei jeder Grundlos. Es sei ein freier und freundschaftlicher Gedankenaustausch ohne bestimmten Zweck gewesen. Chamberlain betonte den Inhalt des „Daily Herald“ über ein Komplott von Kommunisten gegen Baldwin als Unfug und erklärte schließlich, daß er bis Ende Januar in Kapstadt zu bleiben beabsichtigt.

Madrid. 1. Jan. Die Antwort Brindas auf den Brief Canning ist in hiesigen politischen Kreisen mit Bestrebungen aufgenommen worden, da Spanien es ebenfalls ablehnt, in Verhandlungen mit Abd el Aziz einzutreten.

Belgrad. 1. Jan. In den Feuerwäldern einer postjugoslawischen Hofanlage an der Küste hat sich eine Explosion ereignet, deren Ursache bisher noch nicht festgestellt werden konnte. Mehrere Häuser sind in die Luft geflogen. Aus den Trümmern sind bisher 40 Tote und 50 Verletzte geborgen worden. Weitere 200 Personen werden noch vermisst; man glaubt jedoch nicht, sie noch lebend bergen zu können. Die Verunglückten sind zum größten Teil slowenische Arbeiterinnen.

Staatspräsident Basile zum Jahreswechsel. Schon mehr als zehn Jahre ringt das deutsche Volk gegen eine Welt von Feinden, und immer noch nicht eröffnet sich ein Blick auf das gelobte Land der Zukunft. Im Gegenteil wird die Furchenbarkeit und die wirtschaftliche Not wieder größer. Aber es scheint, daß das gewaltige Drama, das am 1. August 1914 begann, sich bald seinem Höhepunkt nähert. Der Vertrag von Locarno ist der Weg zu politischen Zielen, die vielleicht nicht beachtet sind, zu denen die Welt eher durch den Widerstand der neuen mit der alten Zeit unüberwindlich getrieben wird. Eine Zeit der Taten ist wieder im Entstehen nach den Konferenzen und Parlamenten. So ernst, so düster diese Zeit sein wird, so haben wir sie, vom Standpunkt der Zukunft des deutschen Volkes aus betrachtet, doch weniger zu fürchten, als die Zeit der Worte; denn nicht in Taten, sondern in Worten sind wir unterlegen.

General v. Seekt zum Generaloberst befördert. Berlin, 1. Jan. Der Reichspräsident beförderte den Oberstleutnant General v. Seekt zum Generaloberst, nachdem dieser seinen bisherigen Dienstgrad seit dem 1. Oktober 1925 innegehabt hat. Wenn auch diese Dienstgradänderung den Beförderungsvorhältnissen des Heeres entspricht, so bedeutet sie doch zugleich eine besondere Anerkennung des Reichspräsidenten für die hervorragenden Verdienste v. Seekts um den Aufbau der Reichswehr, eine Anerkennung, der sich die weitesten Kreise des deutschen Volkes anschließen werden.

Neujahrsempfänge beim Reichspräsidenten. Berlin, 1. Jan. Reichspräsident von Hindenburg empfing am Neujahrstage um 12 Uhr die Chefs der hiesigen fremden diplomatischen Vertretungen. Während der Aufnahme der Diplomaten erwiderte eine Mitteilung Reichswehr im Ehrenhof des Reichspräsidenten die militärischen Ehrenbezeichnungen. Die Glückwünsche des diplomatischen Korps brachte der apostolische Nuntius Monsignore Rocchi, Dogen, zum Ausdruck, worauf der Reichspräsident mit Dankworten erwiderte und den Wunsch ausdrückte, daß das neue Jahr unsere gemeinsamen Wünsche nach einer fortwährenden Annäherung und Verständigung der Völker lebendige Wirklichkeit werden lassen. In dieser Hoffnung sprach der Reichspräsident den Herren zugleich für deren Staatsoberhäupter, Regierungen und Völker im Namen des deutschen Volkes und im eigenen Namen herzlichste und aufrichtigste Neujahrswünsche aus.

Der Empfang der Reichsregierung. Im Anblick hiervon empfing der Reichspräsident die hier anwesenden Reichsminister und Staatssekretäre der Reichsregierung. Als Vertreter des abwesenden Reichskanzlers sprach Reichswehrminister Dr. Geßler die Glückwünsche der Reichsregierung aus, und u. a. auf die fürchtbare Wirtschaftskrise hinwies, die nur durch die deutsche Sparsamkeit, Arbeit und Sparsamkeit überwunden werden könne. Wenn sich so unter der Führung des Reichspräsidenten alle Deutschen zu gemeinsamer Pflichterfüllung zusammenschließen, dann wird das nächste

Jahr und dem Ziele näher bringen, das wir uns heute setzen, nämlich unsere Wirtschaft wieder tragfähig zu machen für die nationalen und sozialen Aufgaben des deutschen Volkes. In seiner Antwort dankte der Reichspräsident für die dargebrachten Wünsche. Er hoffe und wünsche, daß unsere Volksgenossen im Bewußtsein der Schicksalsgemeinschaft, die alle Deutschen unlosbar umfaßt und im vorwärtstretenden Leben Willen, der uns immer wieder in die Höhe gebracht hat, dieser Notwendigkeit sich beugen und diesen Geboten leben werden. Das wird aber nur möglich sein, wenn jeder Berufsstand und jeder Teil unseres Volkes mehr als bisher den Bedürfnissen und Notwendigkeiten der anderen Stände und Teile Rechnung trägt und nicht nur den eigenen Interessen, sondern den Gedanken des über dem Einzelnen stehenden Staatsganzen, der alle Glieder gleichmäßig umfassenden Volksgemeinschaft diene. Dazu gehört auch, daß alle, die beruflichen, wirtschaftliche Belange oder politische Richtungen in Körperlichkeiten oder Volkserretungen zur Geltung zu bringen, dies nicht in Ausschließung und Verächtung, sondern in gemeinsamer Zusammenarbeit und im Ausgleich widerstrebender Wünsche und Meinungen zu erreichen suchen.

Erklärung der Reichsregierung zu den bayerischen Titelverleihungen.

Berlin, 1. Jan. Zu den Titelverleihungen durch die bayerische Regierung, die zuerst in verschiedenen Tageszeitungen einer Kritik unterzogen wurden, wird amtlich mitgeteilt: Die Reichsregierung hat bisher stets die Auffassung vertreten, daß hohe Ehrenämter nach Artikel 109 Abs. 1 der Reichsverfassung nicht mehr verliehen werden dürfen und daß diese Auffassung auch gegenüber der bayerischen Regierung, die die Verfassungsbestimmung anders auslegt, zum Ausdruck gebracht. Die Reichsregierung hat aber von einer Auslegung dieser Verfassungsbestimmung, etwa durch Annullierung des Staatsgerichtshofes für das deutsche Reich, abgesehen, weil beachtliche Stimmen laut geworden sind, die eine Abänderung der erwähnten Verfassungsbestimmung wünschen. So hat der Ausschuss des Reichstags für den Reichshaushalt im Sommer dieses Jahres einen Antrag der Abgeordneten Dr. Schreiber, Erising und Dr. Wamm angenommen, der die Reichsregierung ersucht, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Verleihung von Titeln von Reichs wegen regelt. Das Blegum des Reichstags hat zu dieser Entscheidung noch nicht Stellung genommen. Erst wenn dies geschehen ist, wird die Reichsregierung je nach der Stellung des Reichstags sich darüber schlüssig machen, ob ein Antrag vorliegt, die Verfassungsbestimmung mit Bayern über die dortigen Titelverleihungen zum Austrag zu bringen.

Oberrhein und Mosel fallen.

Köln, 1. Jan. Nach den letzten Wasserstandsberichten fällt der Oberrhein langsam, die Mosel bei Trier sogar stürzlich um sechs Zentimeter.

Die Maas mehrere Kilometer breit.

Amsterdam, 31. Dez. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus Brüssel: Das Hochwasser hat auf dem belgischen Lauf der Maas katastrophalen Umfang angenommen. In manchen Stellen ist die Maas mehrere Kilometer breit. Auch aus vielen Teilen Hollands wird Hochwasser gemeldet. Alle tiefer gelegenen Gebiete sind große Strecken weit mit Wasser überflutet, das meist bis an die vereinzelten Gehöfte heranreicht.

Deutschensverfolgung in Süditalien.

Innsbruck, 1. Jan. In ganz Südtirol wird gegenwärtig nach Waffen gesucht. Häufige Hausdurchsuchungen werden in den letzten Wochen vorgenommen. Die Gerichtsbehörden sind angewiesen, mit der größten Strenge vorzugehen. Ein Bauer von Kalen wurde vor einigen Tagen von dem Tribunal in Bozen wegen des Besitzes eines „Waffenlagers“, bestehend aus einem Gewehr und einem Patronen zu nicht weniger als 13 Monaten Kerker verurteilt. Am 11. wurden in Gries bei Bozen 30 junge Leute verhaftet, die in einem Weinstock belagert waren und deutsche Lieder sangen. Wegen sie ist nun Anzeige wegen Hochverrats erstattet worden. Der Staatsanwalt wohnt persönlich den Vernehmungen bei. Mussolini selbst wird über den Prozess auf dem Laufenden gehalten. Der größte Teil der Angeklagten ist jedoch heute noch nicht vernommen, obwohl gesetzlich die Vernehmung innerhalb dreier Tage nach der Einlieferung zu erfolgen hätte. Eine für die Familien der Verhafteten veranstaltete Sammlung wurde von der Carabinieri sofort verboten und befohlen, das Geld den Spendern zurückzugeben, inwiefern die Sammler eingekerkert wurden.

Cäsar Augustus Mussolini.

Rom, 1. Jan. Bei der Einsetzung des Gouverneurs von Rom hatte Mussolini eine Ansprache gehalten, von der das Programm interessant ist, das Mussolini dem Gouverneur zur Durchführung innerhalb der nächsten fünf Jahre formell als Pflicht auflegte. Nachdem Mussolini die bisherigen Verdienste des Senators Caemones auf die Stadt übertragen hatte, führte er aus: Das Werk für die italienische Hauptstadt darf keine Unterbrechung erfahren. Meine Gedanken sind klar und meine Befehle bestimmt und ich bin sicher, daß sie verwirklicht werden. In fünf Jahren muß Rom vor den Augen der Welt wunderbar dastehen, ausgebaut, geordnet, mächtig wie zu den Zeiten des ersten Kaiserreichs unter Augustus. Ich werde fortarbeiten“, wandte sich Mussolini an den neuen Gouverneur, „den Stamm der alten Eide von allem zu befreien, was sie auch behindert. Ich werde am das Theater des Marcellus und das Kapitol und um das Pantheon das Gelände freilegen. Alles, was in den Jahrhunderten des Verfalls darum entstanden ist, muß verschwinden. Innerhalb von fünf Jahren muß man über den ganzen Durchbruch von der Piazza Colonna das Pantheon leben. Wir werden auch die Tempel des christlichen Rom von den profanen Bauten befreien, die sich daran gereiht haben. Die tausendjährigen Denkmäler und ihre Geschichte müssen in ihrer notwendigen Einmaligkeit gewahrt bleiben. Dann wird Rom sich auf andere Hügel ausdehnen, längs der Ufer des heiligen Stroms bis zu den Ufern des Tiberischen Meeres. Wir werden die Verdrängung der Straßen befechtigen. Aber wir werden auch neue Verbindungen nach den neuen Städten schaffen, die um die alte Stadt entstehen werden. Eine schnurgerade Allee, die die längste und breiteste der ganzen Welt sein wird, wird unseren Namen von dem neu entdeckten Ozean bis hinein in die Stadt tragen. Wir werden Häuser, Schulen, Bäder, Gärten und Sportfelder dem Arbeitervolk der Hochzeiten geben: so werde ich die Stadt im Geiste und in der Tat verwalten. Das Volk von Rom ist würdig, in einem größeren Rahmen zu leben, den unsere Vermählungen schaffen werden! Mussolini schloß: „Der Gouverneur, an die Arbeit! Ohne Forderung! Das Vaterland und die Welt erwartet, daß wir unsere Verbindungen erfüllen!“

Zum Mussolini-Problem.

London, 2. Jan. Die „Times“ veröffentlicht die offizielle türkische Ansicht über das Mussolini-Problem, in der es heißt: Die türkische Regierung würde bereit sein, sich mit dem Besitz der Stadt Mosul ohne den Rest des Vilajets zu begnügen. Die

Weigerung Großbritanniens, diesem vernünftigen Vorschlag stattzugeben, nötige die türkische Regierung den Schluß zu ziehen, daß Großbritannien ihr Feind sei. Die türkische Regierung könne es sich leisten, eine günstige Gelegenheit abzuwarten, um sich zu nehmen, was ihr von rechts wegen gebührt. Die Türkei werde nicht kämpfen, wenn es ihren Gegnern passe, sondern werde den geeigneten Zeitpunkt wählen. — Dem „Daily Telegraph“ zufolge betragen die türkischen Streitkräfte in der Nähe der Iraqgrenze jetzt 50 000 Mann.

Die Ursachen der „Zbenandoah“-Katastrophe.

Remhorst, 2. Jan. Der Marinegerichtshof, der f. Bz. zur Ermittlung der Ursachen der Katastrophe des amerikanischen Luftschiffes „Zbenandoah“ ernannt worden war, kam zu dem Schluß, daß das Unglück ein Teil des Freies ist, der bezahlt werden muß bei der Weiterentwicklung der neuen und gefährlichen Kunst der Luftschiffahrt. Die Belastung des Luftschiffes sei frei von jedem Tadel und der Führer, Kapitän Sandow, sei wohl berechtigt gewesen, die Fahrt damals anzutreten. Bei dem Schiffsbruch habe er hohen Mut bewiesen und die besten Führereigenschaften gezeigt. Ob der innere Schaden infolge der Flughöhe und des schnellen Steigens des Luftschiffes stark genug geworden war, um den Luftschiffkörper zu beschädigen, kann der Gerichtshof nicht einwandfrei feststellen. Unter normalen Bedingungen würde er jedenfalls dem Schiff nichts geschadet haben. Die Zerstörung des Luftschiffes ist hauptsächlich auf starke unaußersichere äußere atmosphärische Kräfte zurückzuführen, die durch die große Geschwindigkeit der Luftströmung verursacht wurden. Der Gerichtshof bezeichnet es als unratig, daß die Anzahl der automatischen Ventile von 18 auf 8 verringert worden ist.

Der Feuersturz eines Geisteskranken. In einer eigentümlichen Vorfälle wurde am Montag nachmittags ein Jagd der Feuerweh von der Reichelwache in Berlin nach der Birkenstraße 12 gerufen. Ein Geisteskranker hatte sich in ein Zimmer im zweiten Stock eingeschlossen und wollte sich jedesmal aus dem Fenster stürzen, wenn Sandbewohner Riene machten, in das Zimmer einzudringen. Die Feuerweh spannte auf der Straße ein Sprungnetz aus. Dann verdrängten sich die Feuerwehleute Eingang in das Zimmer. Bei ihrem Erscheinen sprang der Kranke in der Tat zum Fenster hinaus, landete aber unversehrt auf dem Sprungnetz. Es handelt sich um den hiesigen Kaufmann Joseph Schiff. Die Polizei nahm sich seiner an und brachte ihn in die Wittener Strassenkassen.

Die Geschichte des Baues der ersten Eisenbahnlinie in der amerikanischen Wildnis wurde in großartiger Weise durch den neuen Film „Das Feuerroß“ festgehalten. Wir verfolgen den Bau der Bahn, wir begleiten die Armeen von Menschen, die dem Schienenfranz folgen, wir erleben Kämpfe mit Indianerstämmen, wir begegnen allen den romantischen sagenumwobenen Gestalten des wilden Westens, allen voran dem tollkühnen Oberst Coda, genannt Buffalo Bill. Dieses hohe Lied der Arbeit läuft seit ungefähr einem Jahr ununterbrochen in einem großen amerikanischen Lichtspieltheater und auch für Europa wird dieses einzigartige Filmwerk eine große Sensation bedeuten. Seit gestern wird dieser Film in den Kammern-Vierteln in Pforzheim gezeigt und hat große Begeisterung ausgelöst. Die Vorstellungen beginnen heute um 8 Uhr, morgen Sonntag um 2 Uhr.

Bersäunte Abonnements

können bei allen Postanstalten, Agenturen, sowie bei der Geschäftsstelle des „Euzäler“ nachgeholt werden. Geschiedene Nummern werden, soweit vorrätig, nachgeliefert.

Gemeinde Loffenau, Oberamt Neuenbürg.



Nadelstammholz- u. Stangen-Verkauf. Die Gemeinde bringt aus ihren Wäldern Distrikt I bis V zum Verkauf:
Stammholz: Fm.: 33,56 I., 21,17 II., 11,94 III., 1,88 IV., 0,59 V. und 0,13 VI. Klasse;
Stäbholz: Fm.: 1,98 I., 1,27 II. und 0,37 III. Klasse;
Saugholz: Stüd.: 324 Ia, 626 Ib, 489 II. und 145 III. Klasse;
Saugholz: Stüd.: 50 I., 292 II. und 251 III. Klasse;
Saugholz: Stüd.: 51 I., 409 II., 239 III., 48 IV. und 168 V. Klasse;
Rebstocken: Stüd.: 69 I. Klasse.

Die Bedingungen sind denjenigen des Württ. Waldbesitzerverbands angepaßt. Zahlung in 2 Raten innerhalb 40 bzw. 80 Tagen, vom Vertragsabschluss ab gerechnet. Bedingungenlose schriftliche Angebote auf die einzelnen Lose, in Prozenten der Forstpreisliste für 1926 ausgedrückt, sind bis spätestens

Montag den 25. Januar 1926, vorm. 11 Uhr, beim Schultheißenamt verschlossen einzulegen. Die Öffnung der Angebote, welcher die Wirtenbenachrichtigen können, erfolgt zu dieser Zeit. Nähere Auskunft und Losverzeichnisse erteilt Waldmeister Seeger hier.

Den 31. Dezember 1925. Gemeinderat, Rolf Reim.

Wer das Baugeld für ein Eigenheim

sich auf schnellstem Wege beschaffen will, kann dies nur durch Anschluß an die Treuhänder-Vauparkasse der Gemeinschaft der Freunde bei kleinsten monatlichen Einzahlungen. Rückzahlung der Baufumme im günstigsten Falle schon 1-1 1/2 Jahr nach Eintritt. Größte Sicherheit, beste Referenzen. Ausführliche Auskünfte, Unterlagen und Berechnungen durch die Gemeinschaft der Freunde e. V., Postfach 1000, Stuttgart.

Papier-Servietten,

mit und ohne Druck, liefert reich die
E. Wech'sche Buchhandlung, Neuenbürg.

